

Der Autoritäre Wettbewerbsstatismus – Das Europäische Apparate-Ensemble in der Krise

„Zwar weicht die rechtlich-politische Ideologie des Allgemeinwohls einer technokratischen Ideologie der Effizienz [...]. Als inneres Bindeglied [...] kann diese Ideologie aber nur funktionieren, wenn der ökonomische Prozess den Anschein einer gewissen technischen Neutralität beibehält und dies wird immer schwieriger. Die technokratische Ideologie eines Staates als dem Garanten von Leistung und Wohlstand – die Begründung des nachkeynesianischen Staates – wird durch die ökonomische Krise [...] radikal in Frage gestellt.“ (Poulantzas 2002: 271) –

Mit diesen Worten beschreibt Nicos Poulantzas 1978 die anhaltende ökonomische Krise der „alten“, fordistischen Gesellschaftsformation. Die in seinem Hauptwerk „Staatstheorie: Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Statismus“ vorgenommene Theoretisierung gesellschaftlicher Prozesse in großen Krisen des Kapitalismus lässt sich mit überraschend wenigen Anpassungen zur Analyse der gegenwärtigen Entwicklungen in Europa heranziehen. Die sich zunehmend entfaltende, größte Krise des Kapitalismus seit den 1930er-Jahren lässt die imaginativen Bilder des Neoliberalismus verblassen. Die Verfallsprozesse parlamentarischer Demokratie in der Krise, hatte Poulantzas in Anlehnung an Franz Neumann und dessen politischer Krisenanalyse als „autoritären Statismus“ bezeichnet.

In der aktuellen Krise ist die Ausstrahlungskraft der im Rahmen der Europäischen Union durchgesetzten neoliberalen Projekte geschwunden –die auf *Konsens* beruhende, herrschende wettbewerbsstaatliche Integrationsweise (Ziltener 1999: 135) des europäischen Staatsapparate-Ensemble (Buckel/Wissel 2009) steckt inzwischen in einer tiefen *Hegemoniekrise* (Gramsci 1996: 1577 f.). Aber nicht nur die Ausarbeitung von „Europabildern“ gerät ins Stocken, sondern auch das *zweite Moment* konsensualer Herrschaft: ist brüchig geworden: Die Krisenkosten haben die Spielräume für „materielle Zugeständnisse“ massiv verkleinert. Nach und nach geraten die Subalternen in den Fokus von Austeritätsprogrammen, die durch das europäische Staatsapparate-Ensemble verordnet und notfalls durch die Interiorisierung seiner Verwalter durchgesetzt werden. Doch im Gegensatz zu den neoliberalen Sparpakten im Zuge der Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion werden diese Einschnitte weder durch den aktiven, noch durch den passiven Konsens der Bevölkerung getragen: Der Stadtteil Tottenham in London, der Syntagma-Platz in Athen, die Puerta del Sol in Madrid und der Terreiro do Paço in Lissabon, die emblematisch für eine Renaissance der Kämpfe in Europa stehen, befinden sich nicht zufällig in jenen Ländern, in denen bisher die härtesten Austeritätsmaßnahmen gesetzt wurden.

Das gegen diese Kämpfe „institutionelle Präventivdispositive“ (Poulantzas 2002: 238) in Stellung gebracht werden, ist unübersehbar. Auf europäischer Maßstabsebene handelt es sich dabei insbesondere um die im Herbst 2011 beschlossene „Economic Governance“ und den Fiskalpakt. Zugespißt geht es um „austerity forever“: die derzeitigen Restrukturierungsprogramme der „Problemstaaten“ sollen ausgedehnt und durch ihre

Verrechtlichung auf Dauer gestellt werden. Um die Maßnahmen, auch gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen, werden repressive Momente (etwa Geldbußen) vorgesehen. Nicht zuletzt dieser Umstand deutet an, dass in Europa eine autoritäre Wende begonnen hat: Zwang soll den wegbrechenden Konsens ersetzen.

Dieser Bruch mit der bisherigen, auf „Konsens“ beruhenden Integrationsweise der EU wirft die Frage auf, ob theoretische Konzepte wie „Post-Demokratie“ und „neuer Konstitutionalismus“ – welche die inkrementelle Entdemokratisierung im Rahmen neoliberaler *Hegemonie* thematisieren – noch geeignet sind, um den beschleunigten Verfall der Demokratie in Zeiten der Krise begrifflich zu fassen. Über die Re-Konstruktion zentraler Aussagen der „Staatstheorie“ von *Nicos Poulantzas* versuche ich einen theoretischen Rahmen zur Krisenanalyse des europäischen Apparate-Ensembles zu entwickeln, der den – durch die Krise ausgelösten – Strukturbruch besser fokussieren kann.

Lukas Oberndorfer, Wissenschaftler in Wien, Redaktionsmitglied des juridikum (zeitschrift für kritik|recht|gesellschaft) und aktiv im Arbeitskreis kritische Europaforschung der AkG; Forschungsschwerpunkte: Kritische Theorie & Empirie der europäischen Integration, des Europarechts und der industriellen Beziehungen auf transnationaler Ebene.

<http://homepage.univie.ac.at/lukas.oberndorfer>